

C 1 Verschwörungserzählungen keine Plattform bieten!

Antragsteller*in:

Malte Krüger (KV Steinburg), Konstantin von Notz (KV Herzogtum-Lauenburg), Jörn Pohl (KV Kiel), Marlene Langholz (KV Flensburg), Rebecca Such (KV Kiel), Benita von Brackel-Schmidt (KV Flensburg), Mayra Vriesema (KV Nordfriesland), Grüne Jugend Schleswig-Holstein (Beschluss LMV vom 20.09.20), Denise Loop (KV Dithmarschen), Kreisvorstand Flensburg (Beschluss 24.09.2020), GJ Flensburg (Beschluss 25.09.2020), Luise Amtsberg (KV Kiel), Steffen Regis (KV Kiel), Jasper Balke (KV Lübeck), Smilla Mester (GJ Segeberg), Leon Bossen (KV Flensburg), Alice Hakimy (KV Neumünster), Joschka Touré (KV Kiel), Annabell Pescher (KV Flensburg), Nina Schneider (KV Kiel), Sven Gebhard (KV Flensburg), Juli Schmidtke (KV Kiel), Lennart Stahl (GJ Segeberg), Anne Bachmann (GJ Kiel), Lasse Petersdotter (KV Kiel), Kerstin Mock-Hofeditz (KV Nordfriesland), Nele Johannsen (KV Ostholstein), Rasmus Andresen (KV Flensburg), Martin Drees (KV Plön)

Tagesordnungspunkt: 1. Anträge

Antragstext

- 1 Verschwörungserzählungen keine Plattform bieten!
- 2 In den letzten Monaten haben sich verschiedene Gruppierungen formiert, die auf
3 unterschiedlichsten Wegen Kritik an den Maßnahmen zur Eingrenzung des Corona-
4 Virus äußern. Der Protest organisiert sich häufig über Chatgruppen. Dort wird
5 immer wieder auch zu Demonstrationen aufgerufen. Selbstverständlich ist
6 demokratischer Protest – auch und gerade gegen die durchaus weitreichenden
7 Freiheitseinschränkungen im Zuge von Corona-Maßnahmen - legitim. Aber es ist zu
8 beobachten, dass viele dieser Demonstrationen von Rechtspopulist*innen,
9 Rechtsextremen, Reichsbürger*innen, Rassist*innen und Antisemit*innen
10 unterlaufen und dafür missbraucht werden, die freiheitlich-demokratische
11 Grundordnung in Frage zu stellen, Rechtsstaat und Demokratie verächtlich zu
12 machen, offen zu Gewalt aufzurufen und krudeste Verschwörungserzählungen zu
13 verbreiten. Als Demokrat*innen distanzieren wir uns von den auf diesen
14 Demonstrationen vorgebrachten Thesen und erinnern daran, dass jede*r Demokrat*in
15 gut beraten ist, genau zu prüfen, an wessen Seite er*sie demonstriert.
- 16 Die Gefahr der Pandemie ernst nehmen!
- 17 Parawissenschaftliche Erklärungsansätze gefährden die Gesundheit vieler Menschen
18 in Zeiten einer Pandemie, insbesondere die von vulnerablen Gruppen. SARS-CoV-2
19 kann zu schwerwiegenden Krankheitsverläufen mit multiplen Organschäden und
20 Todesfolge führen und ist in einem symptomfreien Stadium der Erkrankung nach
21 heutigem Wissensstand besonders stark ansteckend. Dabei verbreitet sich das
22 Virus ohne Gegenmaßnahmen rasant und sorgt schnell für eine Überlastung des
23 Gesundheitssystems. Die Langzeitauswirkungen aus einer Ansteckung mit dem Virus
24 sind noch nicht alle bekannt. Fest steht jedoch, dass es bei einigen Menschen
25 auch langfristige Auswirkungen auf die Gesundheit geben wird. Auch wenn in den
26 letzten Monaten sehr viele Studien veröffentlicht worden sind, ist der Zeitraum,
27 in dem Daten gesammelt und wissenschaftlich ausgewertet werden konnten,
28 vergleichsweise kurz. Bekannt ist, dass ältere Menschen und Menschen mit

29 chronischen Vorerkrankungen überdurchschnittlich stark von schweren
30 Krankheitsverläufen betroffen sind. Besonders ihnen gilt unsere Solidarität.

31 Für uns gilt, dass die grundlegenden Maßnahmen (sogenannte AHA-Regel) zur
32 Bekämpfung der Covid-19 Pandemie wichtig und derzeit unersetzlich sind, was
33 natürlich nicht heißt, dass sie nicht regelmäßig auf ihre Notwendigkeit und
34 Verhältnismäßigkeit hin überprüft werden müssen. Das ist eine rechtsstaatliche
35 Selbstverständlichkeit - für die auch wir uns als Grüne in Land und Bund immer
36 wieder eingesetzt haben.

37 Die Demokratie bewährt sich gerade in der Krise. Sie ist ein stets lernendes,
38 sich selbst korrigierendes System. Regierungen und Parlamente sind in der
39 Verantwortung, Entscheidungen und Maßnahmen evidenzbasiert zu treffen, sie gut
40 zu begründen, transparent zu kommunizieren und ihre Umsetzung zu kontrollieren.
41 Dies gilt insbesondere während einer Pandemie, in welcher die Gesundheit vieler
42 Menschen gefährdet ist. Daher kommt dem Schutz der Gesundheit während einer
43 Pandemie eine besondere Rolle zu, da hiermit Grundrechtseingriffe für einen
44 begrenzten Zeitraum gerechtfertigt werden können. Zwar ist während einer
45 Pandemie schnelles Handeln zweifellos geboten. Eingriffe in die Grundrechte
46 müssen sich jedoch auf das unbedingt Notwendige beschränken, für den jeweils
47 konkret zu benennenden Zweck geeignet, erforderlich und durchweg befristet sein.
48 Sie sind fortlaufend hinsichtlich dieser Kriterien und neuester
49 wissenschaftlicher Erkenntnisse zu überprüfen. Sie müssen sich auch in der Krise
50 am rechtsstaatlichen Grundsatz der Verhältnismäßigkeit messen lassen, sich stets
51 auf das mildeste Mittel beschränken und dürfen nicht willkürlich und
52 diskriminierend sein.

53 Wie wir heute wissen, waren nicht alle Maßnahmen zu Beginn der Pandemie 2020
54 gleichermaßen effektiv; einige waren unnötig drastisch - und wurden daher zu
55 Recht von Gerichten nach entsprechenden Überprüfungen zurückgenommen. Unserer
56 Auffassung nach ist der Ansatz der Prävention in einer Pandemie-Situation
57 richtig. Es gilt zunächst, schnell zu reagieren, um Schlimmeres zu verhindern,
58 was bei einem geringen Wissensstand über eine Krankheit allerdings dazu führen
59 kann, dass einzelne Maßnahmen sich zu einem späteren Zeitpunkt als unnötig oder
60 zu weitreichend herausstellen können. Deutschland steht im internationalen
61 Vergleich der Infektionszahlen bezüglich der Corona Pandemie gut da. Neben
62 vieler anderer Faktoren hat sehr wahrscheinlich das schnelle und konsequente
63 Reagieren der Kommunen, Länder und auch der Bundesregierung einen größeren
64 Schaden abwenden können.

65 Wir bekunden unsere große Anerkennung und danken den Menschen dafür, wie sie
66 sich in den vergangenen Wochen und unter teils erheblich erschwerten, mit
67 Existenzgefährdungen verbundenen, individuellen Lebensbedingungen an die mit der
68 Eindämmung des Corona-Virus verbundenen Einschränkungen und Auflagen gehalten
69 und hierbei eine überwältigende gesellschaftliche Solidarität bewiesen haben.
70 Uns Grünen ist klar, dass durch die Corona Maßnahmen die wirtschaftliche
71 Situation vieler Menschen unter Druck geraten ist. Existenzen sind bedroht und
72 die Lebensrealität hat sich verändert. Hier müssen geeignete Konzepte weiter
73 diskutiert werden, um den Menschen in ihren jeweiligen Lebenslagen konkret zu
74 helfen. Wir werden auch weiterhin unseren Teil dazu leisten, dass Menschen
75 schnell und unbürokratisch geholfen wird.

76 Der Wert der Freiheit wird in der Krise besonders deutlich erfahrbar. Für uns
77 Grüne bleibt selbstverständlich, dass wir unser Grundgesetz und unsere
78 Freiheitsrechte verteidigen. Genauso klar ist jedoch, dass wir uns ganz bestimmt
79 nicht mit Rechtsextremist*innen, Rechtspopulist*innen, Antisemit*innen,
80 Rassist*innen sowie Verschwörungserzähler*innen gemein machen. Auch unsere
81 Geschichte lehrt uns: Es darf keine Toleranz gegenüber denjenigen geben, die für
82 Intoleranz einstehen. Dies ist eine Grüne Selbstverständlichkeit. Für
83 Rechtsextremist*innen, Rechtspopulist*innen, Antisemit*innen, Rassist*innen
84 sowie Verschwörungserzähler*innen ist kein Platz in der Grünen Partei.

85 Pressefreiheit achten!

86 Während viele der Demonstrationen systematisch unterwandert werden, zeigt sich,
87 dass zeitgleich Presseberichterstatte*innen immer mehr unter Druck geraten. Sie
88 werden nicht selten unverhohlen bedroht. Gerade dem öffentlich-rechtlichen
89 Rundfunk, ein echtes Pfund in Zeiten eines weltweit zunehmenden Populismus, um
90 den uns zahlreiche andere Länder beneiden, wird die Unabhängigkeit pauschal
91 abgesprochen. Durch dieses Vorgehen delegitimiert sich die selbsternannte
92 Freiheitsbewegung selbst. Die Pressefreiheit ist für uns ein hohes Gut. Nur mit
93 einer freien und kritischen Presse kann ein demokratischer Staat funktionieren.
94 Wir Grüne stehen daher hinter der Pressefreiheit und fordern, dass diese
95 geachtet wird. Der Austausch von Meinungen, der kritische Diskurs, eine aktive
96 Zivilgesellschaft, eine freie und vielfältige Kultur und freie Medien sind
97 Grundbedingungen einer demokratischen Öffentlichkeit. Auch angesichts der
98 vielfachen Verbreitung von bewusst lancierten Falschnachrichten im Netz ist der
99 ÖRR eine Grundsäule für ein faktenbasiertes und qualitativ hochwertiges Angebot.

100 Parlamente stärken!

101 Die Krise ist nach der Verfassungsordnung ganz gewiss nicht allein „die Stunde
102 der Exekutive“. Im Gegenteil: Parlamente sind Repräsentationsort unserer
103 Demokratie par excellence. Diese Orte zu schützen, muss Auftrag aller
104 Demokrat*innen sein. Gerade wenn Versammlungen nur unter, wenn überhaupt,
105 erschwerten Bedingungen stattfinden können, sind die öffentliche Debatte, die
106 Rede und Gegenrede, die Transparenz und Nachvollziehbarkeit von Entscheidungen
107 im Parlament ein Grunderfordernis unserer freiheitlichen Verfassungsordnung.
108 Parlamente dürfen nicht von Rechtsextremist*innen für ihre Propaganda
109 missbraucht werden. Dagegen muss sich der Rechtsstaat mit allen Mitteln wehren.

110 Wissenschaft verteidigen!

111 Wir stehen auf der Seite der Wissenschaft, wenn sie sich gegen Angriffe aus
112 verschiedenen Richtungen verteidigen muss. Wissenschaftliche Ergebnisse müssen
113 ernst genommen werden und im politischen Aushandeln von Kompromissen einen hohen
114 Stellenwert einnehmen. Um zu verhindern, dass Menschen Verschwörungserzählungen
115 zum Opfer fallen, müssen empirische Methoden und Prozesse sowie
116 wissenschaftliche Erkenntnisse für die Allgemeinbevölkerung verständlich
117 aufbereitet werden. Dabei ist völlig klar, dass in der Wissenschaft oft auch
118 widersprüchliche Aussagen zu neuen Sachverhalten existieren. Während
119 wissenschaftliche Theorien sich widersprechen oder unterschiedliche Perspektiven
120 auf eine Fragestellung haben können, versuchen Verschwörungserzählungen einen
121 allgemeinen unanfechtbaren Geltungsanspruch durchzusetzen. Theorien können
122 scheitern oder sich als falsch herausstellen, Verschwörungserzählungen nicht.
123 Dies zeigt, dass krude Verschwörungen ein autoritäreres Verständnis beinhalten.

124 Die Rahmenbedingungen für eine gute Wissenschaftskommunikation sollten gestärkt
125 werden, denn das beste Mittel gegen Verschwörungserzählungen und Fake News ist
126 eine gute Vermittlung wissenschaftlicher Erkenntnisse. Diese Stärkung kann z.B.
127 im Rahmen der sog. Third Mission der Hochschulen oder der Vermittlung von
128 Wissenschaftskommunikation innerhalb von Studiengängen erfolgen. Es braucht hier
129 eine landesweite Strategie und konkrete Anreize für Wissenschaftler*innen, die
130 zusammen mit den Hochschulen erarbeitet werden sollten.

131 Politische Bildung stärken!

132 Bündnis 90/Die Grünen Schleswig-Holstein bekräftigen die Forderungen des
133 Beschlusses „Politische Bildung in Schleswig-Holstein stärken“ des
134 Landesparteitages aus dem November 2019. Um langfristig etwas gegen Fake News
135 und Verschwörungserzählungen zu machen, ist politische Bildung unersetzlich.
136 Politische Bildung ist essentiell, um kritisches Denken hinsichtlich politischer
137 und wissenschaftlicher Sachverhalte anzuregen und Menschen Werkzeuge an die Hand
138 zu geben, die ihnen ermöglichen das komplizierte Dickicht unserer Welt zu
139 lichten.

140 Demokratiebildung stellt eine wichtige Säule der Wertebildung an Schulen dar.
141 Wir wollen, dass Demokratiebildung fächerübergreifend weiter gestärkt wird und
142 dadurch einen höheren Stellenwert bekommt. Das Erlernen von kritischem Denken
143 muss an Schulen und anderen Bildungsorten ein wichtiger Baustein von Bildung
144 sein. Es darf jedoch nicht nur in der Schule angesetzt werden, sondern es müssen
145 für alle Altersgruppen Angebote geschaffen werden, um politische Bildung
146 generationenübergreifend zu fördern. Insbesondere Stiftungen und Verbände, die
147 sich mit Verschwörungserzählungen, Rechtsextremismus und -populismus
148 auseinandersetzen, müssen in ihrer Arbeit unterstützt werden, ohne dass ihre
149 Unabhängigkeit gefährdet wird. Wir brauchen endlich ein Demokratiefördergesetz.

150 Soziale Netzwerke nicht sich selbst überlassen

151 Verschwörungserzählungen sind eine ernstzunehmende Gefahr für unsere Demokratie.
152 Durch Soziale Medien, Webseiten, geschlossene Gruppen und Infokanäle bei
153 Messengerdiensten werden Verschwörungserzählungen rasant verbreitet. Dabei kommt
154 Betreiber*innen von Sozialen Medien und Messengerdiensten eine besondere
155 Verantwortung zu, wenn öffentliche Gruppen Hass und Hetze verbreiten. Die
156 Betreiber solcher Netzwerke müssen dafür sorgen, dass ihre Dienstleistungen
157 nicht öffentlich dazu missbraucht werden, um demokratische Prozesse gezielt zu
158 manipulieren, Menschen zu bedrohen und öffentlich Unwahrheiten und
159 Verschwörungserzählungen zu verbreiten. Mit Desinformationskampagnen können
160 Wahlen beeinflusst und unser demokratisches Zusammenleben nachhaltig gestört
161 werden. Insbesondere Verschwörungserzählungen bergen die Gefahr, dass das
162 Vertrauen in demokratische Institutionen und die Wissenschaft nachhaltig
163 wegbricht. Dem müssen wir uns als Rechtsstaat entschlossen entgegenstellen.

164 Die Bundesregierung und unsere Sicherheitsbehörden müssen diese Gefahren ernst
165 nehmen.

166 Der Landesvorstand wird beauftragt, entsprechend lautende Anträge auf der BDK
167 als Landesverband Schleswig-Holstein zu unterstützen bzw. Mit Antragsteller zu
168 werden.

169 Begriffserklärungen:

170 evidenzbasiert: auf der Basis von wissenschaftlichen Erkenntnissen

171 Parawissenschaft: Erkenntnisse, die nicht wissenschaftlichen Merkmalen genügen.

172 ÖRR: Öffentlich-Rechtlicher-Rundfunk

Begründung

- erfolgt mündlich

Unterstützer*innen

Ann-Kathrin Tranziska (KV Pinneberg); Karen Jakstadt (KV Kiel); Jonathan Morsch (KV Rendsburg-Eckernförde); Jürgen Krüger (KV Steinburg); Ole David Liepolt (KV Kiel); Uta Boßmann (KV Kiel); Bruno Hönel (KV Lübeck); Stephan Wiese (KV Lübeck); Käthe Zunzer (KV Kiel); Torsten Litschke (KV Nordfriesland); Ulrike Täck (KV Segeberg); Uta Röpcke (KV Herzogtum Lauenburg); Silke Schiller-Tobies; Magnus Grage (KV Lübeck); Philipp Schmagold (KV Kiel); Ali Demirhan (KV Herzogtum Lauenburg); Burak Kocaaslan (KV Kiel); Susan de Vrée (KV Segeberg); Finn Petersen (KV Schleswig-Flensburg); Annabell Louisa Pescher (KV Flensburg); Torben Höllman (KV Lübeck); Nicole Derber (KV Ostholstein); Torben Miehle (KV Segeberg) ; Andrea Eva Dreffein-Hahn (KV Pinneberg); Gilbert Sieckmann-Joucken (KV Segeberg); Sina Clorius (KV Schleswig-Flensburg); Gerd Weichert (KV Dithmarschen); Lars Bergmann (KV Rendsburg-Eckernförde); Bianka Ewald (KV Pinneberg); Kerstin Hanert-Möller (KV Dithmarschen); Anna Langsch (KV Kiel); Anke Hagedorn; Robert Wlodarczyk; Ian Arne Winkler (KV Flensburg); Dennis Heine; Gazi Freitag; Dennis Zdunek (KV Herzogtum Lauenburg); Lutz Baastrup; Paulina Spiess (KV Kiel); Dave Kolboom (KV Steinburg); Kristian Warnholz (KV Pinneberg); Gaby Braune KV OH; Mathias Schmitz (KV Pinneberg); Lukas Friedrich (KV Kiel); Jakob Blasel (KV Rendsburg-Eckernförde); Klaus-Christian Kalkhoff (KV Rendsburg-Eckernförde); Lasse Bombien (KV Rendsburg-Eckernförde); Pamela Masou (KV Pinneberg); Petra Kärgel (KV Pinneberg); Sandra Mittelstedt; Ramon Arndt (KV Steinburg); Birgit Asmus-Mrozek; Achim Jansen (KV Segeberg) (KV Segeberg); Peer Rieck (KV Steinburg); Aminata Touré (KV Neumünster); Marvin Wölk (KV Steinburg); Malte Richert (KV Segeberg); Michael Winsel (KV Segeberg); Lennart Stahl (KV Segeberg); Judith Bach (KV Lübeck); Sophia Marie Pott (KV Lübeck); Anja Halbritter (KV Steinburg); Manfred Sallach (KV Steinburg); Hildegard Bedarff (KV Pinneberg); Peter Schüler; Nadine Mai (KV Pinneberg); Christiane Mißfeldt; Ruth Kastner (KV Stormarn); Jakob Brunken (KV Ostholstein); David-Willem Poggemann (KV Kiel); Hans-Peter Hopp; Daniel Stephen Kolmorgen (KV Kiel); Axel Flasbarth (KV Lübeck); Karl-Martin Hentschel (KV Plön); Arne Langniß (KV Kiel); Kerstin Mock-Hofeditz (KV Nordfriesland); Andreas Tietze; Selina Koch (KV Segeberg)